

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Christa Naaß, Franz Schindler, Markus Rinderspacher, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Drs. 16/262, 16/794

Situation in der Nürnberger Justiz

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz aufgrund verschiedener Presseveröffentlichungen umgehend einen schriftlichen Bericht über die Situation bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth zu geben.

Insbesondere ist dabei auf folgende Punkte einzugehen:

1. Vorkommnisse in der Asservatenkammer der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth:
 - a) Diebstahl von asservierten Geldern durch einen Justizangestellten insbesondere unter Würdigung der Dienst- und Fürsorgepflicht;
 - b) Asservatenbereinigung, Behandlung von Anfragen und Durchführung von Kontrollen;
2. Gewährung von Akteneinsicht;
3. Einsatz von Familienangehörigen in der Zentralen Erfassungsstelle EDV;
4. Statistikmanipulation auch nach der seit 01.05.07 in Bayern vorgegebenen einheitlichen Praxis;
5. Zweckentfremdung der für Dienstfahrzeuge vorgehaltenen Autowerkstatt für private Zwecke.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident